

## Die Europäische Zentralbank (EZB)

Die Geld- und Kreditpolitik wird in der **Europäischen Währungsunion (EWU)** auf Grund des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft (EGV) und der ESZB/EZB-Satzung vom Europäischen System der Zentralbanken (ESZB) und dabei der **Europäischen Zentralbank (EZB)** als oberster Währungsbehörde betrieben. Die EWU als Währungsgemeinschaft mit dem Euro (EUR) und Cent als gemeinsamer Währung besteht seit dem 1.1.1999 und umfasst gegenwärtig 19 Länder, zu denen auch die Bundesrepublik Deutschland zählt. Die EWU ihrerseits ist Teil der Europäischen Wirtschaftsunion, die bereits seit dem 1.1.1993 besteht. Sie umfasst nach der Osterweiterung in den Jahren 2004 und 2007 gegenwärtig (ab 01.07.2013 mit Kroatien) 28 Länder und beruht als Wirtschaftsunion bzw. als **Europäischer Wirtschaftsraum (EWR)** im Kern auf einem grenzenlos freien (z. B. zollfreien) Güter- und Faktorverkehr zwischen den Mitgliedsländern (Binnenmarkt). Welche Länder Mitglied der **Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU)** oder kurz: der **Europäischen Union (EU)** sind, kann den Informationsplattformen im Internet entnommen werden.

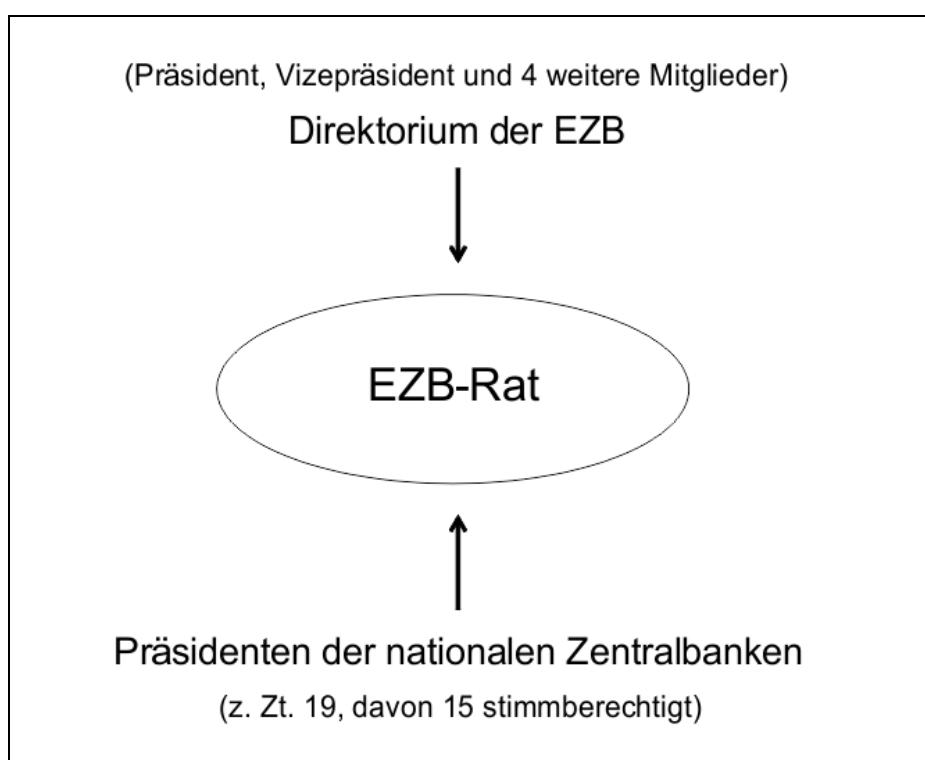
Mit dem Eintritt in die letzte Phase der EWU am 1.1.1999, die am 1.1.2002 zum Abschluss kam, wurde auch das jeweilige Währungsverhältnis der noch bestehenden nationalen Währungen der Mitgliedsländer zum € unwiderruflich festgelegt, für die DM das Verhältnis:  $1 \text{ €} = 1,95583 \text{ DM}$ .

**Vorrangiges Ziel** der Geld- und Kreditpolitik der EZB ist nach Art. 105 EGV die Gewährleistung der **Preisstabilität**. Neben diesem vorrangigen Ziel hat sie die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft zu unterstützen. Andere Ziele wie vor allem das Vollbeschäftigungsziel sind also für die EZB (im Unterschied z. B. zur US-amerikanischen Zentralbank, der Federal Reserve Bank (FED)) zweitrangig.

Die EZB hat ihren Hauptsitz in Frankfurt/Main und ist nach dem föderalistischen Prinzip aufgebaut, d. h. sie verfügt über Niederlassungen in den verschiedenen Mitgliedsländern der EWU in Gestalt der nationalen Zentralbanken. In Deutschland ist dies die Deutsche Bundesbank. Die nationalen Zentralbanken ihrerseits verfügen in Bundesstaaten über Niederlassungen in den Bundesländern (in Deutschland z. B. in Gestalt der Landeszentralbanken) oder/und über Niederlassungen in größeren Städten (Bankplätze). Orte ohne Niederlassung der EZB bzw. der nationalen Zentralbank heißen Nebenplätze.

Das oberste Verwaltungsgremium (Exekutive) der EZB ist das **Direktorium der EZB** (Präsident, Vizepräsident und 4 weitere Mitglieder), dem der EZB-Präsident (z. Zt. der Italiener Mario Draghi) vorsitzt. Deutschland ist mit einem Mitglied im Direktori-

um vertreten. Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik werden jedoch vom **EZB-Rat** mehrheitlich beschlossen, der sich aus den z. Zt. 19 Präsidenten der nationalen Zentralbanken der EWU (darunter auch der Präsident der Deutschen Bundesbank) und den 6 Mitgliedern des EZB-Direktoriums (darunter auch ein deutsches Mitglied) zusammensetzt. Um die Größe des EZB-Rates bezüglich der Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder auf 21 zu begrenzen, wurde beschlossen, dass bei mehr als 18 Ländern, also ab einer Länderzahl von 19 bzw. ab einer Gesamtmitgliederzahl von 25 im EZB-Rat, einzelne Mitgliedsländer nach einem bestimmten Rotationsverfahren zeitweilig ihr Stimmrecht verlieren. Das betrifft auch Deutschland und hat daher bereits zu kritischen Diskussionen geführt. Die grundsätzliche Zusammensetzung des EZB-Rates zeigt auch die Übersicht im folgenden Schaubild:



Wichtig ist, dass der EZB-Rat seine Entscheidungen über die geld- und kreditpolitischen Maßnahmen bei gleichem, ungewichtetem Stimmrecht der einzelnen Ratsmitglieder **autonom** trifft, d. h. er hat keinerlei Anweisungen durch die nationalen Regierungen der EWU oder durch andere Institutionen auf Gemeinschaftsebene zu erfahren. Mitglieder der nationalen Regierungen (z.B. der jeweilige Finanzminister) können zwar an den Sitzungen des EZB-Rates teilnehmen, haben aber kein Stimmrecht. Neben dieser institutionellen Unabhängigkeit ist auch eine personelle (Amtszeit von 8 Jahren), funktionelle (vorrangig Preisstabilität) und finanzielle (eigene Finanzmittel) Unabhängigkeit gegeben.

Die EZB hat neben der gesamtwirtschaftlichen Bargeldversorgung, der Abwicklung des Zahlungsverkehrs mit der übrigen Welt, der Verwaltung der Währungsreserven

der Mitgliedsstaaten, der Aufsicht über die Geschäftsbanken etc. die Funktion, durch den Einsatz geld- und kreditpolitischer Instrumente die ihr in der ESZB/EZB-Satzung zugewiesenen Aufgaben zu erfüllen, zu denen – wie gesagt – vorrangig die Sicherung der Preisstabilität zählt.

Quelle:

KNORRING, E. VON, Volkswirtschaft – Rahmenbedingungen für eine Unternehmensstrategie. Bad Wörishofen: Holzmann Medien.